

Die ÖVP steht  
an einer entscheidenden  
Wegkreuzung

# Österreich nach der Wahl

Herbert Vytiska

„Die Geschichte lehrt ständig, aber sie findet keine Schüler.“ Dieser Satz der österreichischen Schriftstellerin Ingeborg Bachmann trifft in einem Punkt auch auf die Österreichische Volkspartei (ÖVP) zu. Sie hat nämlich aus den Fehlern des Wahlkampfes 2006 nicht wirklich gelernt und zwei Jahre später wieder, nur eben andere Fehler gemacht. Beide Male ging sie als klarer Favorit ins Rennen und kam doch nur als Zweiter über die Ziellinie. 2006 ließ der Wähler kaum einen Spielraum zu, sodass eine Wiederbelebung der Großen Koalition „der Weisheit letzter Schluss“ war. 2008 haben sich so viele Wähler wie nie zuvor, nämlich 28 Prozent, auf Wanderschaft begeben, die Parteien gewechselt und Verhältnisse geschaffen, die theoretisch viele Optionen offenlassen, von der Zweier- über die Dreier-Koalition bis hin zu einer Minderheitsregierung mit wechselnden Unterstützungen.

Die Volkspartei erzielte mit 26 Prozent der Stimmen im 63. Jahr ihres Bestehens das bisher schlechteste Ergebnis (auch die SPÖ kam auf einen historischen Tiefstand, behielt aber mit 29,3 Prozent wenigstens den ersten Platz). Das ÖVP-Ergebnis ist nur ein Glied in einer längeren Kette. Bereits 1990 begann der Sturzflug der ÖVP unter die traditionelle 40-Prozent-Marke auf zunächst 32 Prozent, um schließlich 1999 bei 26,9 Prozent zu landen und auch noch von der FPÖ überholt zu werden. Es dauerte bis 2002, ehe die Volkspartei unter Wolfgang Schüssel – und das in einer Kleinen Koalition mit der

damals noch von Jörg Haider geführten FPÖ – wieder zu einem Höhenflug ansetzte und 42,3 Prozent erreichte. Dieses kurzzeitige Glücksgefühl verdeckte viele Schwächen, die dadurch, dass man trotz aller Niederlagen immer wieder an Machthebeln sitzen durfte, achtlos beiseitegeschoben wurden. Zuletzt 2006. Schüssel konnte auf eine erfolgreiche Regierungsbilanz verweisen, die SPÖ befand sich infolge des Skandals um die Gewerkschaftsbank „Bawag“ in einer schweren Krise. Anstatt Problemlösungen zu präsentieren, klopfte man sich nur auf die eigene Schulter, was vom Wähler gar nicht goutiert wurde, denn der wählt Zukunft, nicht Dankbarkeit. Schlussendlich landete die ÖVP mit 34,3 Prozent um einen Prozentpunkt hinter der SPÖ und fühlte sich ungerecht behandelt. Nach monatelangem Hin und Her kam es zur Neuauflage einer Großen Koalition, die von Anfang an unter einem Unstern stand.

## Solide Ausgangsbasis

Die ÖVP war noch vor dem Sommer auf dem besten Weg, bei Parlamentswahlen wieder den ersten Platz zu besetzen. Der unverhofft zum Bundeskanzler emporgestiegene Alfred Gusenbauer stürzte die SPÖ in eine Serie von Wahlniederlagen, die Koalition war von ständigen Streitigkeiten zwischen den Regierungspartnern geprägt, wobei, im Gegensatz zur SPÖ, der ÖVP Handlungsfähigkeit sehr wohl zugestanden wurde. Als Anfang Juli 2008 Vizekanzler Willi Molterer „es reicht“

sagte und damit die Koalition beendete, wirkte dies zunächst wie ein längst fälliger Befreiungsschlag, dem aber keine Aufbruchstimmung in der ÖVP folgte. Man ging in die Ferien, anstatt Wahlkampf zu machen. In einer Blitzaktion wurde von der SPÖ der amtierende Bundeskanzler Alfred Gusenbauer als Parteivorsitzender abserviert und Infrastrukturminister Werner Faymann als neuer Spitzenkandidat auf den Schild gehoben. Lag die ÖVP noch Anfang Juli bei 31 Prozent, so wurde sie bereits Ende August von der SPÖ überholt. Bis zum Wahltag war aber die Chance intakt, die Poleposition wieder zurückzuerobieren. Denn groß wie nie zuvor war der Anteil der „Spätentscheider“. 33 Prozent der Wähler waren sich erst in den letzten beiden Wochen vor dem Wahltag, 21 Prozent sogar erst wenige Tage vor der Wahl darüber klar geworden, wem sie ihre Stimme geben werden.

### Der Wahlk(r)ampf

Das Wahlkampfmanagement darf sich die Niederlage selbst zuschreiben. Die ÖVP hatte zwar die Initiative ergriffen, um dem Lähmungszustand der alten Regierung ein Ende zu bereiten, war aber nicht imstande, sich entscheidend zu profilieren, dem Wahlkampf ein bestimmendes Thema vorzugeben. Sie ließ nicht nur das „Corpus Delicti“, den noch immer amtierenden Bundeskanzler Gusenbauer, einfach abtauchen, sondern auch den neuen, relativ farblosen Kontrahenten Faymann ungehindert aufbauen. Sie unterließ es vor allem, sich in einem immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Umfeld als der bessere Krisenmanager zu empfehlen. Die Nachwahlanalyse (Daten von GfK Austria) zeigt bei der ÖVP ein sehr diffuses Profil. Jeder dritte Wähler (genau 34 Prozent) gab der ÖVP nur aus Loyalität die Stimme. 18 Prozent votierten für die ÖVP als die für Wirtschaftsfragen kompetenteste Partei, 14

Prozent, weil man sich einen Stopp der Staatsverschuldung erwartete. Der Spitzenkandidat war gar nur bei 5 Prozent für die Stimmabgabe ausschlaggebend. Die für die Wähler mit Abstand relevantesten Themen waren die Forderung nach härteren Strafen beim Kindesmissbrauch, die steuerliche Entlastung des Mittelstandes und die Forderung nach Abschiebung straffälliger Asylanten. Alles Themen, die in erster Linie die FPÖ und zum Teil auch das BZÖ trommelten.

### Einflussreiche Medienwirkung

Zu wenig Widerstand organisierte die ÖVP gegen die ausschließlich gegen sie gerichtete Kampagne der „unabhängigen *Kronen Zeitung*“. Das Boulevardblatt mit der im Vergleich zur Bevölkerung (weltweit) absolut größten Reichweite versuchte unter Missachtung aller Grundsätze der Meinungsvielfalt und Objektivität, auf das Wahlergebnis Einfluss zu nehmen: Faymann wurde in den politischen Himmel gehoben, Molterer und Schüssel wurden in Grund und Boden verdammt. Und das nur, weil sich die ÖVP geweigert hatte, Hans Dichand, dem Herausgeber der *Kronen Zeitung*, bei seinem Anti-EU-Kurs Gefolgschaft zu leisten. Die Kampagne der Zeitung blieb nicht ohne Folgen: SPÖ und FPÖ erzielten bei den Exklusivlesern der *Kronen Zeitung* eine überdurchschnittliche Zustimmung.

Unterschätzt wurde die Wirkung des Fernsehens als der wichtigsten Wahlkampf Bühne. In den TV-Diskussionen wurde einerseits nur der Streit zwischen den alten Regierungspartnern fortgesetzt (und damit das Bild einer handlungsunfähigen Regierung verfestigt), andererseits versuchten sich Molterer, Faymann und der Grüne Van der Bellen als seriöse, verlässliche Politiker zu präsentieren (was auch nicht gerade für Unterhaltungswert sorgte). Im Gegensatz dazu nutzten FPÖ-Frontmann H. C. Strache und der in die



*Nach der Neuwahlankündigung von der ÖVP verlautbarte Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (l.), dass er nicht als Spitzenkandidat für die Wahl im September zur Verfügung stehe. Spitzenkandidat wurde der bisherige Infrastrukturminister Werner Faymann (r.).*  
 © picture-alliance/dpa,  
 Foto: EPA/Roland Schlaeger

Bundespolitik zurückgekehrte Jörg Haider als BZÖ-Wahlkämpfer die Fernseh Bühne optimal. Sie versuchten erst gar nicht mit seriösen Argumenten, präzisen Daten und Fakten zu überzeugen, sondern waren Schauspieler, die ihr gesamtes Repertoire an Schlagworten perfekt, unterhaltsam wie eine Show abspulterten.

Das forsche Auftreten der Opposition wirkte sich konkret im Wahlverhalten aus. Bei den unter Dreißigjährigen wurde die FPÖ mit 33 Prozent die stärkste Partei, gefolgt von der ÖVP mit 20 Prozent. SPÖ und Grüne kamen sogar nur auf jeweils 14 Prozent. Vor dem Sommer übrigens lag die ÖVP bei der jüngeren Generation noch vorn, ein Kredit, den sie im Wahlkampf völlig verspielte. Aber auch bei den Angestellten, den Beamten und den Unternehmern gab es wenig Berauschende 21 bis 23 Prozent für die ÖVP, bloß die Landwirte wählten zu 78 Prozent Molterer & Co. Dass die SPÖ den ersten Platz behaupten konnte, täuscht darüber hinweg, dass sie massenhaft Stimmen an die FPÖ verloren hat und so dazu beitrug, die Blauen zu einer Mittel-Partei mit nationalem und sozialistischem Wählerpo-

tenzial zu machen. Die Arbeiterschaft gab nämlich zu 34 Prozent der FPÖ und nur noch zu 25 Prozent der SPÖ ihre Stimme. In der Bundeshauptstadt, dem einstigen „roten Wien“, wählten nur noch 35 Prozent sozialdemokratisch. Es war offenbar die sogenannte Ausländerpolitik, die vor allem – aber nicht nur – die einfachen Leute dazu bewog, sich von SPÖ und ÖVP ab-, der FPÖ hinzuwenden. Der Stimmenanteil der FPÖ wäre sicher noch höher ausgefallen, hätte sich nicht Jörg Haider an die Spitze der Wahlbewegung beim BZÖ, der FPÖ-Abspaltung, gestellt. Für jeden zweiten BZÖ-Wähler war seine Rückkehr auf die bundespolitische Bühne das entscheidende Wahl-Motiv, für viele ÖVP-Wähler eine Möglichkeit, zumindest Mitte-Rechts die Treue zu bewahren. Für Haider selbst war das Aufbrechen der Phalanx der Großen Koalition eine ganz entscheidende Motivation seines politischen Handelns.

### **Koalitionsstimmungen und Regierungsoptionen**

Die Große Koalition war für die Mehrheit der Österreicher/-innen (und für viele in

der ÖVP) durch Jahrzehnte fast sakrosankt. Auch in den siebzehn Jahren Opposition (von 1970 bis 1987) träumte man nicht vom großen Wechsel, sondern von der Wiederauferstehung der Großen Koalition. Alois Mock wollte schon 1987 davon Abstand nehmen und ein Regierungsbündnis mit der FPÖ eingehen, fand aber damals dafür keine Mehrheit in der Partei. Erst Wolfgang Schüssel schaffte es 2000, und das aus der Position des scheinbar abgeschlagenen Dritten, eine Kleine Koalition, nämlich Schwarz-Blau, zu bilden. Die 2006 wiederbelebte Große Koalition hat nach der „Ära Gusenbauer“ vorerst ihren Nimbus der Lösungskompetenz und des österreichischen Allheilmittels für Krisenbewältigungen verloren. Sie wird nur noch von einem Drittel, genau sind es 33 Prozent (anstatt früher über 50 Prozent), befürwortet und von zwei Dritteln abgelehnt. Schwarz-Blau-Orange findet mit 29 Prozent bereits eine gewisse Akzeptanz. Nur 17 Prozent würden sich eine anders eingefärbte Koalition oder gar eine rote Minderheitsregierung wünschen.

Die Wähler haben ein Stimmen- und Mandatsverhältnis geschaffen, das theoretisch viele Regierungsformen erlauben würde. Darunter befindet sich nur eine Zweier-Koalition, nämlich jene von SPÖ und ÖVP. Einer rot-blauen Koalition fehlt die Mehrheit, wenn auch nur knapp. Koalitionen mit den Grünen kommen aufgrund deren Absackens nicht infrage. Mit einer Ausnahme, nämlich dass sie als Trittbrettfahrer bei SPÖ und ÖVP fungieren dürfen, um der Regierung eine Zweidrittelmehrheit (für Verfassungsgesetze) zu sichern. Darüber hinaus bleiben nur noch Varianten an Dreier-Bündnissen übrig. Die mit Abstand wahrscheinlichste: ÖVP-FPÖ-BZÖ.

Der Unfalltod von Jörg Haider bedeutet – und das wurde von seinen Anhängern wie Gegnern fast uneingeschränkt anerkannt – einen Einschnitt in die poli-

tische Landschaft Österreichs. Unter anderem, weil der Aufstieg des „dritten Lagers“ zur dritten Kraft untrennbar mit seiner Person verbunden und noch nicht einschätzbar ist, wie es mit diesem „dritten Lager“ in Zukunft weitergehen wird. Das BZÖ hat mit Haider seinen Kopf verloren. Jene beachtliche Zahl an Stimmen, die zuletzt von der ÖVP zum BZÖ wechselten, sind nach Ansicht der Meinungsforscher nun wieder am Markt. Obes Anlassbedingt zum immer wieder angedachten Schulterschluss des BZÖ mit der FPÖ kommt, ob FPÖ-Obmann Strache mehr als nur das Potenzial hat, ein erfolgreicher, weil wortstarker Stimmenfänger zu sein, wird die weitere Entwicklung zeigen.

Auch die ÖVP, die trotz des Schocks der dramatischen Niederlage mehr Regierungsoptionen als die SPÖ vorfand (so hatte Faymann kategorisch eine Zusammenarbeit mit der FPÖ und abgeschwächt auch mit dem BZÖ ausgeschlossen), wurde über Nacht vor eine neue Situation gestellt. Die schwarz-blau-oranger Option, die viele Verfechter in der Partei fand, hat durch Haider's Abgang von der Bühne des Lebens vorerst an Wert verloren. Innerhalb der Partei gibt es aber beachtliche Strömungen, die gegen einen neuen Kuschelkurs mit der SPÖ und daher – wenn nichts anderes möglich ist – für den Gang in die Opposition sind. Gleichzeitig wächst allerdings wiederum, als Folge der weltweiten Finanzkrise, der Wunsch in der Öffentlichkeit nach einer stabilen, handlungsfähigen Regierung auf möglichst breiter Basis.

Josef Pröll, der schon seit Längerem als Kronprinz in der ÖVP gehandelt wurde und unzweifelhaft als Hoffnungsträger gilt, dem keine 24 Stunden nach Vorliegen des Wahlergebnisses die Zügel der Partei in die Hand gegeben wurden, steht an einer Wegkreuzung. Er muss entscheiden, welchen Weg die Volkspartei einschlagen soll, will sie bei der nächsten Wahl wieder die „Nummer 1“ werden.